

Riesner Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Drahtschrift: Tagesblatt Riesa.
Fernruf Nr. 20.

Das Riesner Tageblatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen
der Amtshauptmannschaft Großenhain, des Amtsgerichts, der Amtsanwaltschaft beim Amtsgerichte und des
Rates der Stadt Riesa, des Finanzamts Riesa und des Hauptstadtsamts Meissen.

Postkonton: Dresden 133.
Zirkel Nr. 22.

Nr. 266.

Montag, 16. November 1925, abends.

78. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Erhöhungen der Löhne und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Grundchrift-Zeile (6 Spalten) 25 Gold-Pfennige; Zeitraumber und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag, feste Tarife, Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag versäumt, durch Abgabe eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesa. Wöchentliche Unterhaltungsbeilage „Erzähler an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger gegenwärtiger Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Vertriebsstellen — hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langner & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.

Der Reichsparteitag der Deutschnationalen.

Berlin. (Zuspruch.) Im Festsaal des Kriegervereinshauses trat heute der Deutschnationale Parteitag unter außerordentlich zahlreicher Beteiligung zusammen. Auch die Reichsminister a. D. von Schlieffen und Renhan wohnten den Verhandlungen bei. Die ausländische Presse war sehr stark vertreten. Der Parteivorsitzende Abg. a. D. Hindler hielt die Begrüßungsansprache. Nach ihm hielt Graf Beckers das Referat über den Vorkarao.

Berlin. Der ordentliche Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei begann gestern vormittag im Plenarsitzungsraum des Reichstages mit einer aus allen Teilen des Reiches her beauftragten Tagung der Parteiverbreiter. Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen Volkspartei und die Landtagsfraktionen waren fast vollständig vertreten, ferner von den Führern der Partei Graf Beckers, Staatsminister a. D. Berg, der frühere Reichstagspräsident Wallraf, Reichstagspräsident Graf Schillingen, Abg. Schillingen-Schönberg, Reichstagsabgeordneter Schulz-Promberg und andere. Auch die Reichsminister a. D. v. Schlieffen und Renhan wohnten zeitweise den Verhandlungen bei. Reichsminister a. D. Schlieffen befindet sich zurzeit auf Urlaub. Die Tagung wurde eröffnet durch eine ausführliche Ansprache des Parteivorsitzenden Dr. Hindler, der dann die Besprechung der Tagesordnung des Parteitages einleitete. Anschließend kamen die Vertreter der Landesorganisationen wie auch Abgeordnete des Reichs und des Landtags zu Wort. Alle Ausführungen zielten, wie wir hören, in der Einmütigkeit und dem Ausdruck des uneingeschränkten Vertrauens zur Parteiführung und zur Leitung.

Die Parteiverbreiter nahmen dann die Berichte der Hauptgeschäftsstellen entgegen, erlegte Satzungsänderungen und Anträge der Organisation. Gegen 8 Uhr abends fand die Tagung der Parteiverbreiter ihren Abschluß. Für den Abend hatte die deutschnationale Pressestelle die Vertreter der Parteipresse zu einem Freisehnd einladen. Der eigentliche Parteitag findet heute Montag statt.

Tagung des Deutschnationalen Arbeiterbundes.

Berlin. Im Rahmen des deutschnationalen Parteitages wurde gestern eine Tagung des Deutschnationalen Arbeiterbundes veranstaltet. Es wurden einige Entschlüsse einstimmig angenommen, in denen es u. a. heißt: Die deutschnationale Arbeiterpartei erbt in dem Vertrage von Versailles und den aus ihm hervorgegangenen weiteren Diktaten das größte Unglück, das über die Welt herabgeschworen werden konnte. Jeder Versuch, das Verfallener Diktat zu freiwilligem Anerkenntnis zu bringen, wird zurückgewiesen. Ein solcher Versuch liegt vor, wenn durch den Locarnovertrag das Verfallener Diktat freiwillig anerkannt werden soll. Schließlich wird der deutschnationalen Reichstagsfraktion noch das unbedingte Vertrauen des Deutschnationalen Arbeiterbundes ausgesprochen.

Herbsttagung der Reichsführung der Bismarckjugend.

Berlin. Im Zusammenhang mit dem Parteitag der Deutschnationalen Volkspartei traten am Sonnabend Reichsführung und Bundesrat der Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei unter dem Vorsitz des Reichsführers H. D. Stenning-Damburg zu ihrer Herbsttagung zusammen. Der Reichsführer gab einen Überblick über die Entwicklung auf dem Gebiete der Außenpolitik bis Locarno. Er stellte fest, daß für die Deutschnationale Volkspartei, die ein Sammelbecken der nationalen Bewegung und damit die Partei der deutschen Jugend sei, die Annahme des Vertragswerkes von Locarno ausgeschlossen sein müsse, da die Abmachungen einen Verzicht auf deutsches Land und Volk enthielten, die deutsche Grenze auch im Osten festlegten und das Schandwerk von Versailles einschließlich der Kriegsschuldfrage erneut freiwillig anerkannten.

Die Versammlung nahm darauf folgende Entschlüsse einstimmig an: Die Bismarckjugend der Deutschnationalen Volkspartei dankte dem Parteivorstand und der Reichstagsfraktion, daß sie das nunmehr vorliegende Vertragswerk von Locarno für unannehmbar erklärt haben. Sie steht im Kampfe gegen die Abmachungen, die nicht nur das jehige, sondern auch das kommende Geschlecht der Aneinander ausliefern, unerträglich an der Seite der Deutschnationalen Volkspartei. In eingehender Ansprache wurde auch das Verhältnis der Bismarckjugend zu den verschiedenen vaterländischen Verbänden und Organisationen besprochen. Reichsführung und Bundesrat nahmen dann einstimmig folgende Entschlüsse an: Getragen von ernster Sorge um das Schicksal des deutschen Volkes haben wir mit Erkennen und Bedauern davon Kenntnis genommen, daß der Führer des Jungdeutschen Ordens, Mahraun, in seinem Bundesorgan „Der Jungdeutsche“ im Verein mit dem französischen Korrespondenten Sauerwein und dem Vertreter großkapitalistischer Interessen Arnold Reiberg eine Politik verfolgt, die nach unserer Überzeugung den nationalen Interessen des deutschen Volkes zuwider läuft. Wir fragen: Wie kann der Führer einer nationalen Kampforganisation nach den jahrhundertelangen Angriffen auf uns vor seinen Anhängern eine Verhandlungspolitik Frankreich gegenüber ver-

Die Beschlüsse der Botschafterkonferenz.

Räumungsbeginn der Kölner Zone am 1. Dezember. Milderungen des Rheinlandregimes.

Die amtliche Mitteilung.

Paris. Das offizielle Communiqué über die Sitzung der Botschafterkonferenz lautet: Infolge der Mitteilungen, welche die Botschafterkonferenz von der deutschen Regierung erhalten hat, trat sie heute nachmittags um 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Im Verlauf dieser Sitzung hat die Konferenz beschlossen, noch heute abend eine Note an die deutsche Regierung zu richten, in der sie die Milderungen bekannt gibt, welche die Alliierten im Regime der besetzten Rheinlande einleiten zu lassen gewillt sind. Außerdem hat die Botschafterkonferenz Kenntnis von den Antworten der deutschen Regierung hinsichtlich der noch kritischen Entwaffnungsfragen genommen und ist zu der Ansicht gelangt, daß diese Mitteilung geeignet ist, namentlich zu ermöglichen, zur Räumung der Kölner Zone zu schreiten. Die Botschafterkonferenz hat deshalb beschlossen, den 1. Dezember als den Zeitpunkt zu bestimmen, an dem diese Räumung beginnen wird. Die Botschafterkonferenz hat dem deutschen Botschafter sofort von ihrem Beschlusse Mitteilung gemacht. Sie wird am Montag wieder zusammentreten, um den Wortlaut der Note festzustellen, durch welche der deutschen Regierung Mitteilung von den heute gefassten Beschlüssen gemacht wird.

Reichsregierung und Botschafterkonferenz.

Paris. Der Korrespondent der Agence Havas in London übermittelt ein längeres Telegramm, in dem er sich mit den fünf Fragen, die zwischen der Reichsregierung und der Botschafterkonferenz erörtert würden, befaßt. Er glaubt, über den Inhalt der vor einigen Tagen überreichten deutschen Antwort einiges mitteilen zu können und will aus alliierten Quellen aus Paris Andeutungen erhalten haben über die Bemerkungen, die der Reichsregierung übermittelt worden sind. Diese seien folgende:

treten, die sich offensichtlich nur im Interesse einzelner Wirtschaftsgruppen ausdrücken kann, gen. H. D. Sieveking, Reichsführer gen. Holzhausen, Bundeskanzler."

Die Deutsche Volkspartei über Locarno.

Der Landesauschuss der Deutschen Volkspartei in Sachsen, der am 15. November in Leipzig zusammentrat, hat nach einem Vortrag des Reichstagsabgeordneten Dr. Curtius über den Locarno-Vertrag folgende

Entschlüsse

gefaßt: Die politische Arbeit der nächsten Wochen muß ausschließlich von außenpolitischen Rücksichten geleitet werden. In die Räumung der Kölner Zone ohne Rücksicht auf die deutsche Entwaffnung — die längst durchgeführt ist — isthergestellt, und wird durch sogenannte Rückwirkungen gewährleistet, daß im besetzten Gebiet eine grundlegende Anerkennung des Besatzungsregimes eintritt, so erscheint der Vertrag von Locarno als eine Etappe auf dem Wege der Befreiung und Wiedererrichtung Deutschlands. Seine Annahme ist dann eine außenpolitische Notwendigkeit. Nur solche Rücksichten dürfen entscheiden. Außenpolitik und Parteinteressen, Regierungsabstimmung und Koalitionsfragen müssen dahinter zurücktreten. Wir glauben, daß die Reichsregierung diese Linie verfolgt und begründen ihre Haltung, wie wir überhaupt das operativste Ringen von Kanzler und Außenminister um Deutschlands Freiheit dankend anerkennen.

In der Aussprache betonte Reichstagsabgeordneter Thiel die Not der Beamten und führte aus, daß bei einer Nachprüfung des Stats auch der Kriegsbeschädigten gedacht werden müßte, die zum Teil heute noch erheblich hinter den Normalbezügen der Vorkriegszeit zurückblieben.

Sodann hielt der Fraktionsführer der Deutschen Volkspartei, Oberbürgermeister Hüther, Dresden, ein Referat über

Die politische Lage in Sachsen,

wobei er u. a. folgendes ausführte: Ein Vergleich der von der großen Koalition in Sachsen geschaffenen Verhältnisse auf den verschiedenen Gebieten mit den Zuständen in der vorausgegangenen Zeit zeigten, daß eine wesentliche Besserung im Interesse des Landes eingetreten sei. Auf steuerpolitischem Gebiete sowie in den großen Aufgaben der Wohlfahrtspflege und der einschlägigen Gesetzgebung habe die Deutsche Volkspartei im Landesparlament im Interesse zeitgemäßen Bedürfnisses praktisch mitgearbeitet. Hervorgehoben zu werden verdienen die Reform der Gemeindeordnung. Die Hebung des Einkommenverhältnisses geringverdienender Beamtengehälter müsse ernstlich nachgegangen werden.

Darauf wurde über die Landespolitik eine Entschlüsse angenommen, in der es heißt:

Die stark besetzte Tagung des Landesauschusses nimmt mit Interesse Kenntnis von der politischen Haltung der

1. Der Vertrag von Versailles erkenne seinen Oberbefehlshaber der deutschen Armee an und lasse als höchsten Grad in der deutschen Armee den des Armeekorpsführers zu, für den zwei Titeln höher vorhanden seien. Die deutsche Armee sei unter den Oberbefehl des Kriegeministers gestellt worden; dieser Zustand sei durch das Geleit von 1919 gutgeheißen worden. Allerdings sei dieses Geleit im Sinne der jetzigen Organisation umgeändert worden. Die Alliierten verlangten die Rückkehr zum Geleit von 1919. Der Große Generalstab dürfe nur seine technischen Befugnisse behalten und keine andere Organisation als sein technisches Personal haben, während die Armeekorpsführer direkt dem Kriegeministerium unterstehen müßten. Die Alliierten verlangten außerdem, daß diese Änderungen durch ein Geleit bestätigt würden.

2. Die Alliierten wünschten, daß das Verbot, den Sports und anderen Vereinen zu verbieten, militärische Ausbildung zu pflegen, durch ein Geleit bestätigt werde.

Punkt 3 betrifft das Vorhandensein von illegalen Waffen und Ausrüstungsgegenständen. Die Alliierten nehmen die deutschen Erklärungen zur Kenntnis.

Punkt 4 betrifft die Geschichte der Festung Königsberg. Die Alliierten ließen die technischen Einrichtungen der Deutschen zu und erließen keine Einwendungen.

5. Die Alliierten blieben dabei, daß die Polizei nicht eine zweite Armee bilden dürfe, die die Reichswehr verstärke, was sich aus ihrer militärischen Organisation, ihrer Bewaffnung, ihren Ausrüstungen und ihrem Kommando ergebe. In der Tat nehme die Polizei nur Verpflichtungen auf 12 Jahre an. Nach dieser zwölfjährigen aktiven Dienstzeit gingen die Angehörigen der Polizeitruppe zur Ordnungspolizei oder zur Gendarmarie über und bildeten eine Reserve der zweiten Armee, die durch die Staatspolizei gebildet werde. Die Alliierten wünschten nun, daß dieser Zustand geändert werde, und befanden besonders darauf, daß die Engagements der Leute für die Polizei auf Lebenszeit abgeändert würden und daß die Zahl der kaserניerten Polizeimannschaften nicht 35 000 übersteige.

Landtagsfraktion. Ihre in der Koalition zum Nutzen des Landes geleistete Arbeit wird anerkannt. Diese Politik wird ausdrücklich gebilligt. Der Landesauschuss spricht der Landtagsfraktion ihr volles Vertrauen aus.

Gegen Konfordat und Schulgesekentwurf.

Schulpolitische Tagung der Volkspartei.

Berlin. Am gestrigen zweiten Tage der schulpolitischen Tagung der Deutschen Volkspartei wurde ein Antworttelegramm des Reichsministers des Auswärtigen Dr. Stresemann verlesen, in dem dieser die Hoffnung ausdrückt, daß die Tagung wie bisher, von liberalem Geiste befeuert, die bestmöglichen Arbeiten deutscher Kulturpolitik vorwärts bringen werde.

Zum Schluß der Tagung wurde einstimmig eine Entschlüsse

angenommen, in der die Form des Konfordats für Verträge zwischen Staat und Kirche abgelehnt wird.

In einer weiteren Entschlüsse wurde ausgesprochen, daß der vorliegende Reichsschulgesekentwurf unter keinen Umständen Gesetz werden dürfe. Zur Grundschule wurde festgestellt, daß die Deutsche Volkspartei an der Grundschule aus sozialen Gründen festhält und für ihre vierjährige Dauer als Regel eintritt; sie verlange aber für besonders veranlagte Schüler die Schaffung von Wädlichstellen, das Ziel der Grundschule in drei Jahren zu erreichen.

Im Rahmen der Reichsschultagung der Deutschen Volkspartei wurde eine stark besetzte Sitzung des Ausschusses für Privatschulfragen abgehalten. Es wurden Entschlüsse angenommen, in denen gefordert wird, der privaten Schule durch entsprechende Reichs- oder Landesgesetze die fehlenden Rechtsgrundlagen zu geben, in Bezug auf die Steuererlasse eine Entscheidung darüber herbeizuführen, inwieweit Privatschulen als freie Berufe angesehen werden und dementsprechend Steuererleichterungen beanspruchen können und dafür zu sorgen, daß die arbeitsunfähig werden und alten Lehrkräften der privaten Schulen ein ausreichendes Ruhegehalt gesichert wird; insbesondere sind Geldmittel bereitzustellen für die ins Glend geratenen alten Lehrerinnen.

Der Strafantrag im Bothmer-Prozess.

Berlin. (Zuspruch.) In dem Prozeß gegen die Gräfin Bothmer beantragte der Erste Staatsanwalt für die Diebstähle in Polzin je 6 Monate Gefängnis und für die Diebstähle im Hause Riek 1 Jahr 8 Monate Gefängnis, welche Strafen unter Anrechnung der Untersuchungshaft auf 2 Jahre Gefängnis zusammenzusetzen wären.